



## Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 04.01.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

av-zakharchenko.su: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko zum Minsker Prozess (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Das Wichtige ist, dass die Staatsoberhäupter der Normannischen Vier die Minsker Vereinbarungen auf 2016 verlängert haben. Für uns bedeutet das eine Verlängerung des Waffenstillstands und in der Folge die Möglichkeit, uns mit dem Staatsaufbau und dem Wiederaufbau der Wirtschaft der DVR zu befassen.

Leider kann ich nicht sagen, dass die Verlängerung der Minsker Vereinbarung uns vor dem Tod von Milizangehörigen und zivilen Einwohnern schützt, weil die Kiewer Truppen während des Waffenstillstands weiterhin unsere friedlichen Städte beschießen und Diversionsgruppen einschleusen.

Wir bestätigen die Bereitschaft, mit der Kiewer Seite die Modalitäten der Durchführung von Wahlen in der DVR zu erörtern. Wir sind daran interessiert, dass diese Wahlen stattfinden, weil das die Steuerbarkeit unseres Territoriums erhöht und in der Folge die Erhöhung des Lebensstandards unserer Bürger unterstützt.

Das Wichtige ist, dass die Kiewer Seite nicht vergisst: Alle Entscheidungen, die die Wahlen im Donbass betreffen, müssen mit uns abgestimmt sein. Andernfalls werden die Minsker Vereinbarungen zu einem historischen Dokument, das heißt zu Papier.

Poroschenko hat, wenn man seinem Pressedienst glauben kann (was nicht der Fall ist, wie die Praxis zeigt) während eines Telefongesprächs erklärt, dass an den Wahlen im Donbass ukrainische Parteien, Massenmedien und die Zentrale Wahlkommission teilnehmen müssen. Ich hatte schon mehrfach die Gelegenheit zu sagen, dass die Kiewer selbst nicht verstehen, worauf sie bestehen.

Wie stellen sie sich eine Agitation in den von ihnen zerstörten Debalzewo, Ilowajsk, Gorlowka oder den Gebieten am Donezker Flughafen vor, eine Agitation für den „Rechten Sektor“ oder die Partei „Swoboda“?

Im Übrigen ist die Frage der Möglichkeit der Teilnahme ukrainischer Parteien und Massenmedien an unseren Wahlen eine Frage zur Erörterung im Format der Kontaktgruppe, über deren Arbeit mich regelmäßig unser Vertreter in Minsk Denis Puschilin informiert.

Wenn der Pressedienst von Poroschenko die Wahrheit sagt und er tatsächlich vorgeschlagen hat, im Donbass eine Besondere Mission der EU zur Einhaltung des Friedens einzuführen, die sich angeblich mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Garantie der Sicherheit befassen wird, so ist dies vollständig unannehmbar.

Poroschenko träumt schon lange davon eine „dritte Kraft“ in den Donbass zu bringen, das heißt ausländische Truppen und Waffen. Eine solche Aktivität führt nur zu einer Eskalation des Konflikts. Poroschenko weiß das sehr gut, aber er will genau das. Durch fremde Hände die Glut anfachen, das heißt die Europäer in den Bürgerkrieg verwickeln und die Verantwortung auf sie abwälzen. Ich hoffe auf einen vernünftigen Egoismus Europas, der sie davon abhalten wird zuzulassen, dass sie in den Konflikt zwischen uns und Kiew hinein gezogen werden. Sollen sie besser aus Berlin, Paris und Brüssel wertvolle Hinweise geben, besonders an Kiew.

Das Wichtige, was die EU und Russland hören sollten ist, dass der Donbass bereit ist, die Minsker Vereinbarungen folgerichtig entsprechend dem Maßnahmekomplex zu erfüllen. Punkt für Punkt, aber genau in der Reihenfolge, wie es im Maßnahmekomplex vorgeschrieben ist. Wenn Kiew den von ihm unterschriebenen Fahrplan – also dem Maßnahmekomplex - nicht einhalten kann, dann ist das sein Problem. Wir können Kiew helfen, aber nur wenn es selbst darum bittet.

Wir sind bereit nachsichtig zu sein, weil wir ein Ende des Krieges wollen. Aber wie ich schon mehrfach gesagt habe, nicht unter beliebigen Bedingungen.

Av-zakharchenko.su: Alexandr Sachartschenko antwortete auf Fragen von Journalisten über die Bereitschaft der DVR zum direkten Dialog mit der Ukraine und der Möglichkeit der Sabotage der örtlichen Wahlen im Land durch Kiew.

Frage: Ist die DVR zu einem direkten Dialog mit der Ukraine bereit, wie im letzten Jahr?

A. Sachartschenko: Die Vertreter des Donbass haben mehrfach gesagt, dass sie bereit sind zu einem direkten Dialog mit der Ukraine. Es ist die Ukraine, die nicht bereit ist.

Sie ist nicht bereit, weil der Beginn eines direkten Dialogs mit uns indirekt ein Eingeständnis des verbrecherischen Charakters der Strafoperation Kiews im Donbass, der sogenannten ATO, sein wird.

Lassen Sie uns zusammen überlegen, wie die Strafpolitik Kiews im Donbass aussehen wird, wenn die Kiewer Akteure mit uns einen direkten Dialog beginnen werden? Warum gab es dann dieses Genozid? Warum gab es diese zahllosen Opfer? Warum gab es einen Zerfall des Landes? Dann würden kluge Menschen in Kiew – es sollte sie doch dort geben – verstehen müssen, dass der erste Schuss eines Panzers auf eine Wohnhaus im Donbass, der erste Luftangriff eines ukrainischen Flugzeugs auf Donezk und Lugansk, das Bestreben des Donbass zur Unabhängig unumkehrbar macht?

Wir waren von Anfang an bereit zu verhandeln, aber Kiew zog es vor, mit uns die Sprache der Panzer und Kanonen zu sprechen.

Ich verstehe, dass es Poroschenko leichter und angenehmer ist mit Wladimir Putin zu reden, besonders in Anwesenheit von Merkel und Hollande, als mit uns. Wieder einmal – Eigenliebe erfreut.

Aber es ist lange Zeit zu begreifen, dass das Schicksal der Ukraine sich hier entscheidet, in Donezk und nicht in Moskau oder gar in Berlin und Paris. Es ist das Volk des Donbass, das seinen Willen beim Referendum deutlich gemacht hat und erfolgreich seine Entscheidung mit der Waffe in der Hand verteidigt und nicht Präsident Putin, bei allem Respekt vor ihm.

Deshalb, ob Kiew das will oder nicht, der Dialog muss direkt mit uns geführt werden. Wenn Poroschenko das nicht tun kann, heißt das, dass dies ein anderer Präsident der Ukraine tun wird.

Frage: Werden die Fristen für die Wahlen ein weiteres Mal verschoben werden in dem Fall, dass dieser Prozess von der ukrainischen Seite sabotiert wird und welche Wahrscheinlichkeit hat eine Sabotage von Seiten Kiews?

A. Sachartschenko: Wir brauchen die örtlichen Wahlen nicht nur, weil sie in den Minsker Vereinbarungen vorgeschrieben sind und sie ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur politischen Regelung des Konflikts zwischen uns und Kiew sind.

Diese Wahlen brauchen wir dazu, um den Prozess des Staatsaufbaus fortzusetzen und schließlich den Lebensstandard unserer Einwohner zu erhöhen.

Deshalb werden wie sie durchführen.

Was Kiew betrifft, so muss an einige Dinge erinnert werden. Erstens: Kiew braucht die örtlichen Wahlen im Donbass nicht, weil es weiß, dass es sie verlieren wird. Davon zeugen nicht nur Umfragen, sondern auch die Ergebnisse der Wahlen in den Bezirken der DVR, die bis jetzt von Kiew okkupiert sind.

Daraus ergibt sich die zweite These: Kiew wird beliebige Vorwände suchen, um zuerst die Verhandlungen über die Modalitäten der Wahlen zu Scheitern zu bringen und dann die Wahlen selbst.

Wir wissen das. Wie wir auch wie die ganze Welt wissen, dass die Wahlen den anderen Schritten, die im Maßnahmekomplex vorgeschrieben sind, vorausgehen müssen. Ich erinnere noch einmal daran, dass der Maßnahmekomplex ein „Fahrplan“ ist, der eine bestimmte – und von Kiew unterschriebene – Reihenfolge von Schritten vorsieht.

Von Punkt „a“ nach Punkt „e“ kann nur über die Punkte „b“, „c“ und „d“ gegangen werden. Also,

solange Kiew nicht die vorhergehenden Punkte des Maßnahmenkomplexes erfüllt, sind Verhandlungen über die Modalitäten von Wahlen nur Gespräche.

Aber wir sind damit einverstanden. Lasst uns die Modalitäten der Wahlen erörtern, und während wir sie erörtern, soll Kiew die vorhergehenden Punkte erfüllen. Und ehrlich erfüllen. Und nicht so, dass Kiew vielleicht eine Entscheidung bezüglich der Amnestie trifft und gleichzeitig all unseren Verhandlern die Staatsbürgerschaft entzieht. Darüber hat Poroschenko schon gesprochen und sogar der Regierung schon eine Anweisung gegeben.

Und dann wird Kiew sagen, dass es die Bedingungen des Maßnahmenkomplexes erfüllt, aber keine Verhandlungen mit Personen ohne Staatsbürgerschaft führen kann. Umso mehr als dass diese Personen ohne Staatsbürgerschaft selbst nicht an den Wahlen teilnehmen können.

Aus dem Gesagten wird, so hoffe ich, deutlich, dass wir Sabotage von Seiten Kiews in der Frage der Wahlen erwarten. Wie auch bei den übrigen. Aber wir werden alle Kräfte darein legen, Kiew zu zwingen alle Bedingungen zu erfüllen, die in der Reihenfolge im Maßnahmenkomplex vorgeschrieben sind.